

"Eigentum verpflichtet"

16.06.2017 10:30



Der H+G Göttingen e.V., der Verein der Haus- und Grundeigentümer, hatte in seinem 125ten-Jubiläumsjahr zur Jahreshauptversammlung Göttingens Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler eingeladen. In seiner Ansprache an die Mitglieder ging er auf die aktuelle Lage am Göttinger Immobilienmarkt ein. „Wir haben zwar keine Wohnungsnot wie nach dem Krieg, wo zahlenmäßig insgesamt zu wenig Wohnungen vorhanden waren, aber uns fehlen Wohnungen im günstigen und mittleren Preissegment“, fasste er die Situation zusammen.

Neben fehlendem Neubau durch öffentliche Träger in den letzten Jahrzehnten und einem Mangel an ausgewiesenen Flächen, die insgesamt zu weniger Angebot auf dem Wohnungsmarkt geführt hätten, machte er auch die Spekulation privater Akteure für die Zunahme hochpreisiger Angebote verantwortlich. Er bezog sich dabei ausdrücklich nicht auf private Eigentümer wie sie der H+G Göttingen vertritt. Wer, wie viele Mitglieder ein oder zwei Wohnungen vermiete, sei neben einer hohen Miete ebenso an einem guten und oft langjährigen Mietverhältnis interessiert. Immobilienentwicklungsgesellschaften dagegen würden ausschließlich profitorientiert handeln. Und da sei es nun einmal lukrativer, Wohnungen im Luxussegment zum Verkauf oder zur Miete anzubieten. Er fragte sich daher, ob es auf Dauer nicht zu einer Reglementierung durch den Staat werden müssen. Dies sei schwierig, allerdings handele es sich bei Wohneigentum um eine Form des Eigentums, das, wie im Grundgesetz festgelegt, „verpflichtet“.

Knapp 5.000 neue Wohnungen benötige Göttingen in den nächsten 12 Jahren. Dies Zahl zu erreichen sei nur möglich, wenn alle Beteiligten, wie mit dem sogenannten „Bündnis für Wohnen“ geplant, untereinander verständigten. Gleichzeitig müsste darüber nachgedacht werden, verdichteter zu bauen. Dies löse nicht nur das Problem des in Göttingen vorhandenen Flächenmangels. Auf diese Weise ließen sich auch Kosten senken. Denn neben der Spekulation seien es auch die durch zahlreiche Auflagen in den letzten Jahren immer weiter gestiegene Baukosten für Neubauten, die zu höheren Quadratmeterpreisen geführt hätten.